

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Jahrgang Dresden, Freitag den 4. Dezember 1931 Nummer 197

Neue Notverordnung — neue Not!

20 Mark Wochenlohn wird besteuert!

So sieht der Inhalt der neuen Brüning-Notverordnung aus. 4-Pfennig-Stüde. Leere Versprechungen zur Preissenkung. Neue Zerrormassnahmen gegen das werktätige Volk. Brüning und Groener zeigen der SPD die kalte Schulter

Sollern wurden die Beratungen über die neuen Notverordnungen in ihren Grundzügen in der Konferenz der Länder- und Reichsminister festgelegt. Dafür spricht eine Unterredung zwischen Brüning und Hindenburg, die kurz vor dem Stattfinden der Finanzministerkonferenz stattfand. In dem offiziellen Bericht über diese Konferenz heisst es, dass die Finanzminister sich einig waren, dass die öffentlichen Haushalte um jeden Preis in Ordnung zu bringen sind.

Der Bescheid der Minister-Konferenz bedeutet für die Massen neue Not und neues Elend und vor allem die Herabsetzung des steuerfreien Existenzminimums.

Die öffentlichen Haushalte um jeden Preis in Ordnung zu bringen

Es heisst sich nicht nur auf die von uns bereits mitgeteilten Änderungen der Gehälter und Löhne auf die Kürzung der Unterhaltungspläne. Die bürgerliche Presse teilt mit, dass eine ganze Reihe weiterer Verschlechterungen vorgeesehen sind. Die Dresdner Nachrichten schreiben in ihrer heutigen Ausgabe, dass die neue Notverordnung wieder ein sehr umfangreiches Gehaltssenkungsprogramm ist. Sie verschweigen aber dabei, dass die wichtigste Massnahme dieses Gesetzeswerkes ist die Herabsetzung des steuerfreien Existenzminimums von 100 auf 80 Mark monatlich.

Die Steuerbefreiung der Arbeiter, Beamten und Angestellten der Kleingewerbetreibenden und der kleinen Bauern wird durch ins unerträgliche gesteigert.

Ferner ist vorgeesehen die Einführung eines Vierpfennig-Stückes. Soll die die Einführung einer neuen Scheidemünze das Vertrauen der Bevölkerung zur deutschen Währung steigern? Ist davon zu erwarten die Reichsregierung von diesem Geldstück eine Verleumdung, oder soll durch das neue Geldstück und durch die erhöhte Ausgabe von Silbergeld der gesamte Geldumlauf erhöht werden? Das würde diesen berühmten Forderungen der Arbeiter nach inflationslosen Massnahmen nur gleichkommen.

Neben diesen einschneidenden wirtschaftlichen Massnahmen sind in der neuen Notverordnung auch neue Terrorgesetze enthalten. Diese revolutionäre Arbeiterklasse enthalten sein. Insbesondere soll das Waffengesetz verschärft werden. Ferner sollen die in Sachsen angeführten Massnahmen gegen „Landesverräter“ in der Notverordnung enthalten sein.

Die Bourgeoisie will mit dieser neuen Notverordnung sich weitere Sicherungen zur Ueberwindung der kapitalistischen Krise schaffen. Bei diesen neuen Massnahmen gegen das werktätige Volk läst sie sich durch das „Oppositions“-Theater der SPD-Führer nicht hindern. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sollen die SPD-Führer vor Fertigstellung der neuen Notverordnung überhaupt nicht mehr von Brüning empfangen werden. Dieser Eindruck vor den Massen zu verwischen schwindelt die sozialdemokratische Presse und ebenso die Dresdner Volksstimme in ihrer gestrigen Ausgabe ihren Lesern vor, dass noch Massnahmen über die Notverordnungen vorhanden sind.

Möchte heisst es in der gestrigen Ausgabe: Sowohl uns nur noch drei Tage von dem Termin trennen, an dem die neue Notverordnung fertiggestellt sein soll, bereits über ihren Inhalt selbst innerhalb der Reichsregierung noch keine konkrete Vorstellung. Doch diese Notverordnung ist nicht im entferntesten Ähnlichkeit mit einem Wirtschaftsprogramm hat, das man jede andere Idee als die einer weiten

teren Einschränkung der Wirtschaft vergeblich in ihr suchen wird, ist als absolut sicher anzunehmen.

Brüning-Groener machen ihre Notverordnungen auch ohne die direkte Verhandlung der SPD-Führer fertig, denn sie wissen, dass diese sie sowieso schlucken werden. So wie die ADGB-Führer im Wirtschaftsbeirat in dieser falschlüssigen Ständekammer, das Programm der Schwerindustriellen bewilligt haben, so werden die SPD-Führer die Brüning-Groener-Regierung durch dick und dünn tolerieren.

In Sachsen haben die werktätigen Massen die Möglichkeit, diesen Verrätern an den Interessen der Arbeiterklasse die Quittung zu geben. Das rote Volksbegehren reißt auch den lächlichen SPD-Führern die Maske vom Gesicht und ist der erste Schritt dazu, den Vollstrecker des Brüningdiktats in Sachsen, diesem Landtag und der reaktionären Schicksalsregierung die Kampfbereitschaft der Massen zu demonstrieren.

Darum zeichne sich jeder in die Listen zum roten Volksbegehren ein.

Barrikaden gegen Ermittlung Erfolgreiche Aktion in Chemnitz

Chemnitz, 4. Dezember. (Eig. Bericht.) In den letzten Tagen kam es verschiedentlich zu spontanen Demonstrationen der Arbeiter gegen beabsichtigte Ermittlungen, die durchweg aufgehoben oder verschoben wurden. Am Donnerstagmorgen sollte in der Bismarckstrasse ein durch Kriegsunfall schwer verwundener Arbeiter mit Frau und zwei Kindern im Alter von acht und zwei Jahren auf die Strasse gelegt werden. Das Wohlfahrtsamt der Stadt Chemnitz lehnte jede Hilfe ab. Der in Begleitung von Schulklassen erscheinende Gewerkschaftsvorstand suchte lange vergeblich nach einem Schlichter, der die Wohnung öffnen sollte. Drei Schlichter lehnten ab. Als ein vierter Schlichter erschien, hatten sich inzwischen Hunderte von Erwerbslosen vor dem Hause angesammelt. Die im Ueberfallkommando erschienenen Polizei versuchte, die Menge abzurängen. Die Beamten benahmten sich jedoch durchweg zurückhaltend. Auch die Transportarbeiter lehnten die Arbeit ab, nachdem sie sich von den Tatsachen überzeugt hatten. Mit Stemmeln und Meißel wurde schließlich die Tür aus der Füllung gerissen. Die Kammer hat sich förmlich verbarricadiert. Als die Beamten eindringen, erlitt der schwer verwundene Arbeiter epileptische Anfälle und mußte in die Heilanstalt überführt werden. Die immer weiter anwachsende Menge vor dem Hause enterte sich erst, als ein Mitglied des Erwerbslosenausschusses mitteilte, dass die Räumung zurückgenommen worden sei.

Hörsting auf dem Marsch zu den Nazis!

SPD führt Arbeiter zum faschistischen Hörsting / Auflösung der Abwehrpartei in Bautzen und Zittau! SPD-Arbeiter, ihr gehört in die rote Einheitsfront!

Vor einigen Tagen verbreitete die Presse Meldungen über die „Differenzen“ zwischen dem Parteivorstand der SPD und dem Führer des Reichsbanners Hörsting. Es handelt sich um das Austritts-Hörsting im Sinne einer faschistischen „Arbeitsbeschaffung“, das der SPD allzu offen und unerschrocken erscheint. Deshalb wurde Hörsting kritisiert. Zur gleichen Zeit veröffentlicht das Oberlausitzer SPD-Organ triumphierend die Meldung, dass es gelungen sei, die reformistische sogenannte „Abwehrpartei“ in Bautzen und Zittau aufzulösen und die Mitglieder dem Reichsbanner Hörsting zuzuführen. Das kennzeichnet das niederträchtige Spiel der faschistischen SPD-Führer mit dem proletarischen Kampfwillen der Mitglieder. Diese Ueberführung antifaschistischer, kampfbereiter Arbeiter in die Klauen Hörstings stellt direkt einen Zutreibdienst für den Faschismus dar. Die neuesten Schritte des Reichsbannerkommandeurs beweisen das!

Der Reichsbannergeneral Hörsting hat jetzt zur Propagierung seines „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ und zur Verhärterung seiner antilöwen-

wirtschaftlichen Seite ein eigenes Blättchen mit dem bezeichnenden Namen „Deutscher Volkstarbeiter“ gegründet. Hörstings Programm und Sprache ist so offen faschistisch, dass sich der Parteiausschuss der SPD, in Hinblick auf die Arbeiter genötigt fühlte, Hörsting zu „rügen“.

Hörsting behauptet von seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm, mit dem er Arbeiter irreführen und einsperren will, dass es „der einen Seite so sozialistisch, der anderen Seite nicht sozialistisch genug ist“. Hörsting will das kapitalistische System aufrecht erhalten und insoweit kann er nur schwindelhafte Versprechungen nach dem Muster der Nazis machen. Hörsting fordert Vernichtung des Bolschewismus als Vorbereitung für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg der westeuropäischen Länder. Ueber die Kommunisten sagt er, sie „morden und schänden täglich den deutschen Namen“. Das hat schon tausendmal im „Faschistischen Beobachter“ gestanden.

In seinem „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ sind Forderungen, wie das Verbot der Beschäftigung von Ausländern. Das ist dem Nazifaschismus entnommen, ebenso wie die Forderung der Arbeitsdienstplicht und die Forderung der weitgehenden Vernichtung der Maschinen. In bezug auf Letztere heisst es wörtlich:

„Großarbeitsbeschaffungsplan durch Dressierung der Hebermaschinerie und härteste Kontrolle der Mechanisierung und Betriebskollagen.“ Also nach Hörsting hat nicht das kapitalistische System die Arbeitslosigkeit verschuldet, sondern die Maschinen.

Wohl im kapitalistischen System die Maschine der Arbeiterklasse zum Fluch wird, soll nicht das kapitalistische System beseitigt werden, sondern sollen die Maschinen verschwinden. Das ist eine echt faschistische und altbekannte Betrugstheorie der kapitalistischen Klopsechter.

Hörsting fordert u. a. auch die Einstellung der Arbeitslosenunterstützung durch Reich, Länder und Gemeinden und Uebernahme all dieser Kosten durch die Arbeitslosenversicherung.

Diese Kraftproben mögen genügen, die Arbeiter werden sich mit diesem „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ nicht betrogen lassen. Hörsting, der gegen die revolutionäre Arbeiterklasse stets die wüste Heke getrieben hat, der im Auftrage der Bourgeoisie und des sozialdemokratischen Parteivorstandes 1921 die ausländischen Arbeiter in Mitteldeutschland niederzuschlug, geht jetzt wie Brüning, Soelling u. a. zu den Nazis. Er geht den übrigen SPD-Führern einen Schritt voraus. Aber die Arbeitermassen reihen sich in die rote Einheitsfront ein, die gegen den Kapitalismus und den Sozialismus kämpft.

Die ersten Ergebnisse vom Volksbegehren

Einzeichnungszahlen aus sächsischen Orten / Bis jetzt knapp 4000 in Dresden

Die ersten Tage der Einzeichnung für das rote Volksbegehren brachten in Sachsen nachfolgende Ergebnisse:

Leipzig	am 2. 12. (1. Tag)	2175
Chemnitz	am 2. 12. (1. Tag)	3096
Dresden	am 2. 12. (1. Tag)	1831
Flauen	am 2. 12. (1. Tag)	1500

Am zweiten Tage zählte Chemnitz über 4000, also bis gestern über 7000, Dresden bis jetzt knapp 4000! Flauen steht mit diesem Ergebnis im Verhältnis zur Einwohnerzahl der übrigen Großstädte (Flauen hat 115 000 Einwohner) an der Spitze. Ihm folgt Chemnitz, dann Leipzig und Dresden. Das Ergebnis selbst zeigt, dass die erstgenannten Großstädte Leipzig und Dresden noch wesentlich aufholen müssen.

Neben den Meldungen aus den Großstädten liegen eine Reihe Ergebnisse von kleineren Orten vor, die teilweise überraschend gut sind. Wir kommen im lokalen Teil darauf zurück. So zeichneten sich im roten Bezirk im Erzgebirge bereits am ersten Tage mehr als 50 Prozent aller Wahlberechtigten ein. Kleinbauern, Arbeitslose und Hausfrauen rüdten gesamtlich an 70-80 Prozent der proletarischen Einwohnerschaft haben sich in die Listen eingetragen.

Jetzt heisst es: Kampf um die Spitze! Die nächsten Tage müssen die gesamte Partei und die revolutionären Massenorganisationen auf dem Posten stehen. Es gilt, die Kräfte für die Einzeichnung im Lager der Werktätigen durch die rote Klassenfront zu mobilisieren!